

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	66 (1987)
Heft:	9
Artikel:	Die Chemiekatastrophe von Schweizerhalle in der Presse : die Krise im (bürgerlichen) Journalismus
Autor:	Müller, Marlise
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340504

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Krise im (bürgerlichen) Journalismus

Eine Vorlesung von Marlise Müller an der Universität Basel

In der Folge der Chemiekatastrophe von Schweizerhalle vom 1. November 1986 fand im Sommersemester 1987 an der Universität Basel eine interdisziplinäre Ringvorlesung statt. An einer dieser Vorlesungen befasste sich Marlise Müller mit der Presseberichterstattung über den Brand in Schweizerhalle und die nachfolgenden Ereignisse. Sie kommt zu einem für die Presse und den Journalismus wenig schmeichelndem Resultat: der Aufklärungsjournalismus hat dem Verlautbarungsjournalismus Platz gemacht. Von dieser Kritik ausgenommen ist die «Basler AZ».

Die Tendenz vieler Zeitungen zur Hofberichterstattung ist in letzter Zeit ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, und die medienpolitische Diskussion der Schweiz entzündet sich immer wieder neu an den Begriffen «Verlautbarungsjournalismus» und «Recherchierjournalismus». Damit sind weder wertneutrale Definitionen journalistischer Schulen gemeint, noch Qualitätsmerkmale, mit denen zwischen gutem und schlechtem Journalismus unterschieden wird. «Denn» – so Martin Edlin vom Verband der Schweizer Journalisten «wo undifferenziert und unkritisch zusammengestellt wird, was als Information dem Leser, Zuhörer oder Zuschauer vorgesetzt werden soll, wo unreflektiert und ohne weitere Nachforschungen über Zusammenhänge und Gegenpositionen verlautbart wird, was als Äusserung oder Bekanntma-

chung dem Journalisten vorgelegt wurde, und wo Kommentare geschrieben werden, die zwar meinungsbildend sein wollen, vor lauter ängstlicher Sowohl-als-auch-Ausgewogenheit jeder Markierung eines Standpunktes aus dem Wege gehen, da geht es nicht um Negativ-Kriterien (...), sondern um überhaupt keinen Journalismus oder allenfalls um miserablen Journalismus.» (Journalisten-Zeitung des VSJ, 3/1984).

Die 4. Gewalt im Staat

Die öffentliche Aufgabe der Presse ist in der Schweiz nicht in Frage gestellt, und immer wieder wird ihre zentrale Rolle bei der Garantierung fundamental-demokratischer Partizipation des Volkes beschworen. Die Meinungsbildung ist Voraussetzung für politisches Handeln. Ideal-typisch müsste sich jede und jeder Einzelne selbstverantwortlich aus allen erreichbaren Quellen informieren können. Das ist indes bei der Komplexität und Spezialisiertheit des gesellschaftlichen Wissens heute nicht mehr möglich. Die Medien treten als Vermittler sekundärer Informationen in Funktion. Zur Informationsleistung tritt die publizistische Interpretierung der Ereignisse und Sachverhalte, die Kommentierung und Bewertung der Fakten. Das Einordnen von Einzelinformationen in allgemeinere Sinnzusammenhänge, das Aufzeigen von Hintergrund und Folgen sind Anforderungen, die an den Journalismus gestellt werden.

Die Informations- und Kommentierungsaufgabe werden durch eine weitere Basisfunktion der Massenmedien, die Kontrolle, ergänzt. Die Medien als 4. Gewalt im Staat sollten die klassischen Kontrollapparate des Staates unterstützen bzw. ergänzen, da wo diese wirkungslos bleiben, sie aber auch kritisch begleiten. Vorab im ausserparlamentarischen Umfeld der Interessenverbände, die keiner staatlichen Aufsicht unterstehen, müssten sie in die Lücke springen. Die Medien schaffenden sehen sich denn auch selbst als öffentliches Gewissen. Das journalistische Selbstverständnis gründet wesentlich in diesem Bewusstsein: Zweifeln, Nachfragen, Überprüfen – unbestechlich, wahrheitsgetreu, nach bestem Wissen und Gewissen, das ist journalistischer Ehrenkodex. Der Journalist hält sich «an die Wahrheit, ohne Rücksicht auf die sich daraus für ihn ergebenden Folgen, und lässt sich vom Recht der Öffentlichkeit leiten, die Wahrheit zu erfahren. Er verteidigt die Freiheit der Information, die sich daraus ergebenden Rechte, die Freiheit des Kommentars und der Kritik sowie die Unabhängigkeit und das Ansehen seines Berufes.» So ist es im Ehrenkodex des Verbands der Schweizer Journalisten VSJ festgelegt worden.

Die Realität sieht anders aus

Doch zwischen Berufsnorm und Berufsrealität besteht eine Kluft. Kritisch kommentierender, recherchierter und fundier-

ter Journalismus fristet in der Schweizer Presse ein Schattendasein. Journalistische Eigenleistungen, ohne die aufklärerische Information nicht möglich ist, haben Seltenheitswert. Das bestätigen auch die Resultate verschiedener Untersuchungen der Publizistikwissenschaft.

Die empirische Studie «Die Medienmacher», die 1986 unter der Leitung des Publizistikwissenschaftlers und PR-Beraters René Grossenbacher durchgeführt worden ist, ging der Frage nach, wie die Öffentlichkeitsarbeit von Bund, Kantonen und privaten Wirtschaftsunternehmen sich auf die Berichterstattung von Schweizer Tageszeitungen auswirkt. Untersucht wurde, wie das an den Pressekonferenzen abgegebene Material journalistisch verarbeitet wird. Das Ergebnis: «Was als journalistische Leistung in den Medien erscheint, ist meistens kaum mehr als das, was PR-Schaffende vorgefertigt haben.» (Grossenbacher 1986, S. 95) Aktualität, Themenwahl und Gewichtung würden den Zeitungen von der Öffentlichkeitsarbeit vorgegeben. Die Rolle der Journalisten beschränke sich darauf, das vorgegebene Material spiegelbildartig wiederzugeben. Sogar in der Kommentierung stützten sie sich in der Regel einzig auf die offiziellen Sprecher ab. Einzig die Intensität der Wertung werde abgeschwächt, stellte Grossenbacher fest und folgert daraus: «Der Anspruch der Medien, 'öffentlichtes Gewissen' zu sein, muss wohl unter diesen Umständen aufgeben werden.» (Grossenbacher 1986, S. 97) Die Vorstellung von den Medien als vierter Gewalt im Staat sei revisionsbedürftig.

Um nichts besser ist das Zeugnis, das die Studie «Massenmedien und Kernenergie» den Schweizer Journalistinnen und Journalisten ausstellt. In dieser Untersuchung, im Rahmen des nationalen Forschungspro-

gramms «Entscheidstrukturen in der Schweiz» durchgeführt, wurde die Berichterstattung der Schweizer Presse über die Atomenergieproblematik in den Jahren 1976 bis 1980 analysiert. Fast 28 000 Presseartikel wurden neben Radio- und FernsehSendungen ausgewertet. Michael Schanne, einer der Mitarbeiter, bringt die Ergebnisse auf einen klaren Nenner: «Tatsächlich stellten wir fest, dass auch in diesem Fall Verlautbarungsjournalismus betrieben wurde. (...) Da wurde leider einfach wiedergekäut, was an Stellungnahme herauskam. Ich warte immer noch auf die umfassende Recherche zum Thema 'Die Schweiz nach Tschernobyl'.» (Klartext 3/1986)

Struktur – und Funktionswandel

Wen wundert es: Umfassende Recherchen mit kritischen Untertönen, Misstrauen und Skepsis gegen die Machthabenden und offiziellen Verlautbarungen waren noch nie eine Spezialität der Schweizer Zeitungen: Sie standen bis zum 2. Weltkrieg als Meinungsblätter im Dienste des Parteienstaates. Oskar Reck analysierte kürzlich in seinem Essay (Die Presse schreibt, macht und wird Geschichte): «Gehörte man zur einen Partei, wie man zur Konfession gehörte, die damit übereinstimmte, hielt man sich auch ans Leibblatt. Die Mobilität war in jedem Betracht extrem gering, und kein Mensch dachte daran, in der früh gepriesenen Pressevielfalt Auswahlen zu treffen. Denn diese Vielfalt war vorweg eine regionale, die den Aussenstehenden überhaupt nicht interessierte. Es war das Leibblatt, das die Kontinuität gewährleistete und dem Leser auch die eigene Reflexion ersparte. Was das Partei-Establishment befunden hatte, stand in der Zeitung

und war Teil des Ganzen wie das Kirchengesangbuch.» (Reck 1986, S. 33)

Zu einem Strukturwandel der Schweizer Presse kam es erst nach Ende des Krieges durch den Lockerungsprozess im Parteiengefüge, die zunehmende Binnenwanderung, das rasante Wachstum der Agglomerationen und durch die technische Entwicklung der massenmedialen Produktion. Das führte nicht nur zu neuen Pressetypen (Boulevardzeitung und Programmzeitschriften). Die gesellschaftlichen Umwälzungen und die Vereinnahmung des Meinungsjournalismus im Dritten Reich hatten nach dem Krieg auch einen Funktionswandel der Presse zur Folge.

Für die Schweizer Publizistik wurde der faktengläubige anglo-amerikanische Journalismus zum Vorbild mit dem verpflichtenden Grundsatz, Nachricht und Meinung klar zu trennen. Neutrale Distanz und Glaube an die Fakten und die eigene Unvoreingenommenheit waren für diesen Einstellungswandel charakteristisch. Die Vorstellung von der objektiven Beweiskraft der Fakten erwies sich indes als unhaltbar, das Vertrauen in offene Kommunikation zwischen Machthabern und Öffentlichkeit als Illusion. In den sechziger Jahren gewann daher der enthüllende Recherchierjournalismus an Bedeutung. Vorab der «Spiegel» wurde auch in der Schweiz als beispielhaft verstanden für das machtkritische radikaldemokratische Selbstverständnis des politischen Journalismus. Heute konstatiert Michael Haller: «Rund 15 Jahre später, in der Mitte der 80er Jahre, zeigt sich im Rückblick, dass jener (erneut) machtkritisch verfahrene Recherchierjournalismus offenbar als eine Art «Wohlstandkind» gepflegt und gehätschelt worden ist.» (Haller 1987, S. 48). Es war ein Luxus, den sich Verleger und Chefre-

daktoren in der Hochkonjunktur leisteten, trotz allfälligen Verärgerungen einflussreicher Personen oder Gruppen. Heute klage eine wachsende Zahl von Journalisten über die Anpassung, womit nicht eine offensichtliche Änderung des redaktionellen Kurses gemeint sei, sondern die Aufgabe überhaupt einer redaktionellen Linie zugunsten eines vom Meinungsklima zwar irgendwie abhängigen, im übrigen aber diffusen «Leserinteresses».

Ausgewogenheit als Alibiübung

Kritische, über die Tagesaktualität hinausgehende journalistische Arbeit hat es heute schwer. Nicht nur die Schere im Kopf verhindert Engagement und Eigeninitiative der Medienschaffenden. Die aus wirtschaftlichen Motiven entstandenen Pressekonzerne – Ringier, Tages-Anzeiger, Jean Frey, National-Zeitung und Basler Nachrichten AG, um nur die mächtigsten in der Schweiz zu nennen – kämpfen um Leser- und Werbeanteile und produzieren Zeitungen, die sich als Forumsblätter geben. Abhängig von mächtigen Geldgebern und Inserenten können sie es sich nicht leisten, gegen deren Interessen eine redaktionelle Linie durchzusetzen. Nicht mehr journalistische, sondern vorab kommerzielle Absichten stehen im Vordergrund. Die proklamierte Ausgewogenheit und Kontrollfunktion verkommen zur Alibiübung. Kritische Stimmen kommen – wenn überhaupt – auf sogenannten Forumsseiten zu Wort, ohne dass sie grundsätzliche Diskussionen des redaktionellen Konzepts zur Folge hätten. Die journalistische Arbeit ist ein ängstliches Abtasten der massgebenden, d.h. ökonomisch erfolgversprechenden Meinung. Sich nicht in die Nesseln setzen, heisst die Maxime. Man hält sich an offizielle Stellungnahmen und Be-

kanntmachungen, erhebt anstelle professioneller Recherchierarbeit risikofreie Textverwaltung zur Qualitätsmarke. Und über mangelnden In-put kann sich keine Zeitung beklagen. Noch nie war die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit von staatlichen oder wirtschaftlichen Stellen und privaten Organisationen so gross wie heute. Verschiedene Untersuchungen weisen es nach: Was hier abgegeben wird, erscheint, kaum bearbeitet oder gar hinterfragt, in der Zeitung. Keine journalistische Eigenleistungen, kein Bemühen, Aktualität selbst zu schaffen, da abhängig vom politischen Terminkalender, kaum ein kritischer Umgang mit den Quellen (d.h. keine Nachfragen, keine Nachrecherchen, keine Gegenbelege), kein redaktionelles Gesamtkonzept, kaum ein Bestreben, die Seite der Betroffenen einzubeziehen: Das sind die wichtigsten Kritikpunkte, wie sie vor allem auch von der Publizistikwissenschaft immer wieder vorgebracht werden. Sei es die Berichterstattung über Pressekonferenzen, sei es über die Atomenergieproblematik, oder sei es die Lokalberichterstattung, wie sie Jürg Bürgi 1981 unter dem Titel «Die tägliche Missachtung des Lesers» anhand der «Basler Zeitung» untersucht hat, immer zeigt sich das gleiche Bild: Die Recherche spielt derzeit kaum eine Rolle. «Öffentlichkeit wird nicht mehr erstritten, sondern gehandelt und verwaltet.» (Haller 1987, S. 39)

Nach dem 1. November

War das auch so nach dem 1. November 1986, nach jener Umweltkatastrophe, die in der Presse ihren nicht geringen Niederschlag gefunden hat. In den zwei Wochen nach dem Sandozdebakel erschienen in Basel in den drei lokalen Tageszeitungen «Basler Zeitung» (BAZ),

«Nordschweiz» (NS) und «Basler AZ» (AZ), in den beiden Zürcher Blättern «Tages-Anzeiger» (TA) und «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ), im «Blick» und im Basler Gratisanzeiger «doppelstab» rund 1500 Artikel zu diesem Thema. Wie in anderen Bereichen der Zeitungsberichterstattung (vgl. Säxer u.a. 1986, S. 130) sind Nachrichten und Berichte die am häufigsten verwendeten Textsorten. Sie machen im Schweizerhallematerial einen Anteil von gut 70% aus. Daneben sind Darstellungsformen wie Reportage, Kommentar, Interview, Glosse, Rezension, die ohne Initiative einer Zeitung gar nicht zuständekämen, zu knapp 20% vertreten (der Rest entfällt auf Leserbriefe, Forumsbeiträge u.ä.). Eigentliche Agenturberichte sind allerdings wenige gedruckt worden, gesamthaft gesehen ist der quantitative Anteil an journalistischer Eigenleistung einer Zeitung hoch. Bei der BAZ beispielsweise: 7% Agenturartikel, 85% Eigenleistung (die übrigen Artikel haben keine Quellenangabe oder sind redaktionelle Fremdbeiträge). Je näher eine Zeitung einem Ereignis steht, desto weniger kann sie es sich leisten, aus fremden Quellen zu informieren, desto stärker muss sie ihre Präsenz markieren. In dieser Beziehung ist weder der «Basler Zeitung» noch den anderen untersuchten Presseorganisationen ernsthaft vorzuwerfen, sie hätten zu wenig Einsatz geleistet.

Das Urteil der Werbewirtschaft

Anders steht es mit der qualitativen Beurteilung des Berichteten. Mit Kritik ist nicht gespart worden, vorab auch was die Arbeit der BAZ betraf. Selbst der Werbewirtschaft, naturgemäß an einem positiven Umfeld für die potentiellen Inserenten interessiert, stiess das allzu offensichtliche Wohlwollen der «Basler Zeitung» gegenüber Sandoz

auf. Ich zitiere aus «persönlich», dem Branchenblatt vom 18.11.1986: «Eine Analyse von Berichten und Kommentaren der Basler Presse belegt: Innert nur zwei Wochen kippte das Vertrauen in Misstrauen. In ersten Berichten reagierte die Basler Presse, vorab die marktbeherrschende «Basler Zeitung» gegenüber der Chemie-Industrie und der betroffenen Sandoz AG noch gewohnt wohlwollend. Die Erleichterung über den «noch glimpflich abgelaufenen Chemiegrossbrand» (BAZ vom 3.11.86) und die Berichterstattung über das «Ereignis» – wie die Katastrophe anfänglich hieß – dominierte das Bild, das die «Basler Zeitung» wiedergab. Noch am Unfalltag beeilte sich der Chefredaktor Hans-Peter Platz, die Normalität wiederherzustellen.» (persönlich Nr. 409/1986:5) Kritischer hätten sich nur der «doppelstab», der sich seither mit fundierten Artikeln profiliere, und die SP-Zeitung «Basler AZ» geäussert. Erst die mangelhafte Informationspolitik der Sandoz habe dann auch bei der BAZ zu einer offensichtlichen Verschlechterung des Verhältnisses geführt. Soweit die Beurteilung der Werbewirtschaft.

In einer Krisensituation ist die Bevölkerung mehr denn je auf verlässliche Informationen angewiesen. Mehr Menschen lesen die Zeitung genauer, als sie es vielleicht sonst tun würden. Gerade in den ersten Tagen nach dem Sandoz-Brand waren die Leserinnen und Leser der Basler Presse darauf angewiesen, dass sie in ihrem Blatt das finden konnten, was für sie wichtig war. Ob es das «gewohnte Wohlwollen» gegenüber der chemischen Industrie war, darf bezweifelt werden... Dass ein Gratisanzeiger, eine SP-Zeitung, ein katholisches Blatt und eine sogenannte Forumszeitung unterschiedlich auf eine von lokalen Machthabern ausgelöste

Katastrophe reagierten, dürfte kaum erstaunen. Deutlich wird in einer solchen Situation vielmehr, wie sie den publizistischen Auftrag der Information, Kommentierung und Kontrolle interpretieren und wahrnehmen. Die Frage nach Verlautbarungsjournalismus oder Recherchierjournalismus wird da besonders brillant, wo die Beziehungen zwischen lokalen Wirtschaftskreisen, Politikern und Presse so eng verflochten und undurchschaubar sind wie in diesem Fall. Es soll also untersucht werden, wie die vier Basler Zeitungen in jener ersten Novemberwoche vergangenen Jahres publizistisch reagiert haben. Beschwichtigen oder aufklären – so die Frage nach der journalistischen Strategie. Dabei bedürfen in erster Linie drei Aspekte einer genaueren Überprüfung:

1. Auf welche Weise fanden die offiziellen Verlautbarungen in der Presse Eingang?
2. Funktionierten die Medien nicht nur als Mittler zwischen Obrigkeit und Öffentlichkeit, sondern auch in umgekehrter Richtung, und hat die betroffene Bevölkerung, unmittelbar nach dem Ereignis verunsichert und angstfüllt, in der Zeitung auch ein Sprachrohr gefunden?
3. Auf welche Weise wurde Kritik geübt, und leitete die Zeitung daraus im Namen einer kritischen Öffentlichkeit auch Forderungen ab, die gegenüber den Verantwortlichen mit Nachdruck vertreten wurden?

1. Die Verlautbarungen

Keine Zeitung kann heute mehr auf offizielle Verlautbarungen verzichten, gehören sie doch zum wichtigsten Rohmaterial. In der «Basler Zeitung» wurden die offiziellen Quellen – zuständige Kantons- und Bundesbehörden, Katastrophenstäbe, Chemieverantwortliche, Kantons-, Wasserschutzpolizei usw. – ausgiebig zitiert. Solche Statements waren die Richtschnur,

an die sich die BAZ-Berichterstattung hielt. Selbst dann, wenn sie nicht nur Pressekonferenzen referierte, sondern aus eigener Initiative recherchierte, wandte sie sich an die offiziellen Stellen. So sollte der Eindruck von umfassender, seriös abgesicherter Information erweckt werden, wobei in den ersten Tagen nichts das feste Vertrauen in die Vollständigkeit und Korrektheit der offiziellen Informationspolitik, die in diesem Fall zum Teil zumindest auch von jenen mitgetragen wurde, die für die Katastrophe verantwortlich waren, störte. Markus Vogt am Montag nach dem Brand in der «Nordschweiz», die sich in dieser Beziehung kaum von der grossen Schwester «Basler Zeitung» unterschied: «Für mich wird klar, dass die Katastrophenstäbe die Sache im Griff haben und wahrscheinlich genau wissen, um welche Substanzen es sich da gehandelt hat.» («Nordschweiz», 3.11.1986)

Anders tönte es in der «Basler AZ» und im «doppelstab»: Skepsis gegen die Alles-im-Griff-Haltung, Misstrauen gegen die offiziellen Bekanntmachungen wurden schon in den ersten Berichten und Kommentaren immer wieder formuliert, ebenfalls am 3. November in der AZ: «An Informationen, die über die offiziellen Verlautbarungen hinausgingen, heranzukommen, war schwer.» Man liess sich nicht mit der offiziellen Sicht abspeisen, kaufte nicht einfach ab, was verlautet wurde. Zusätzliche Fragen wurden gestellt, Antworten gefordert. Eigene Recherchen und Beobachtungen an Ort und Stelle wurden vorgenommen, um auf Widersprüche hinzuweisen oder offizielle Informationen gar zu widerlegen. Ein Beispiel aus dem «doppelstab» vom 6.11.: «Mit Todesverachtung machten sich die Feuerwehrsleute mit mehreren Stahlrohren an den Einsatz, als ob kaum Gefahr für Leib und

Leben bestünde. Kein Wunder, dass Sandoz-Werkleiter Othmar Wuersch seine mutigen Männer rühmte. «Unsere Leute wussten Bescheid, was in den Hallen gelagert ist.» Ob sie auch wussten, ob Wasser die richtige Antwort auf den Brand war, muss zumindest bezweifelt werden. Oder was bedeuten die nebenan angebrachten Feuerwehr-Warnschilder mit der Aufschrift «Kein Wasser»? Waren sich die Feuerwehrleute darüber im klaren, ob zu diesem Zeitpunkt Wasser das richtige Löschmittel war? Hatten sie ausreichende Kenntnisse darüber, wie sich die eingelagerten Stoffe chemisch umwandeln können? (...) Es war Werkleiter Wuersch sichtlich eine Qual, zu erklären, er wüsste genau, was in der Halle eingelagert gewesen sei, um wenig später einzuräumen, man wisse es doch nicht so genau.» (Beat Alder, *doppelstab*, 6.11.1986)

Während «doppelstab» und AZ von Anfang an der offiziellen Sicht misstrauten und aufgrund eigener journalistischer Initiative auf Widersprüche hinweisen konnten, verblieb die BAZ eine Woche lang in ihrer obrigkeitsgläubigen Haltung. Und erst nachdem die übrigen Medien immer lauter ihr Missbehagen kund getan hatten, erst nachdem Zehntausende in Basel ihren Protest öffentlich formuliert hatten, musste auch die «Basler Zeitung» reagieren. Es ist bezeichnend, dass Chefredaktor Hans-Peter Platz, der am 12. November im Tageskommentar seinem Missbehagen Ausdruck verlieh, die miserable Öffentlichkeitsarbeit der Sandoz kritisierte, die Frage nach der Verantwortlichkeit der Katastrophe aber aussparte. Der Ruf nach besserer Informationspolitik ertönt immer dann, wenn die Medien in ihrer Informationsbeschaffungs- und -verarbeitungskapazität überfordert sind. Ich zitiere nochmals aus Grossenbachers Studie «Die Medienma-

cher»: «Das Versagen des Mediensystems in Katastrophenfällen, wo in der Regel auch das PR-System versagt, ist als weiteres Indiz zu betrachten, dass Medien, insbesondere tagesaktuelle, zu einer Informationsleistung, die über das bloße Bekanntmachen von Ereignissen und Sachverhalten, über das bloße Abdrucken von Communiqués und über das Einholen von Statements sogenannter Experten hinausgeht, in der Regel nicht fähig sind.» (Grossenbacher 1986, S. 99)

2. Die Betroffenen

Wer sich auf die Seite der Betroffenen stellt, ist immer Partei. Im Fall von Schweizerhalle gibt es zwei betroffene Seiten: die Chemische Industrie und die Bevölkerung. Für die Berichterstattung der BAZ waren in der ersten Woche Unsicherheit und Angst der Menschen in der Region Basel kein Thema. Sie fühlte lieber mit der ach so «betroffenen Firma Sandoz» (BAZ vom 5.11.) und wollte ansonsten möglichst schnell die Normalität wieder hergestellt wissen. Am Montag auf der Seite «Tagesthema» ein Situationsbericht «Basel unter dem Alarmschock»: Wer allerdings erwartete, dass in diesem Hintergrundbericht Betroffene zu Wort kamen, die über ihre Sicht der Ereignisse, über ihre Reaktionen und Probleme sprechen konnten, täuschte sich. Es ging einzig darum aufzuzeigen, ob die Züge wieder fahren, die Stände auf dem Marktplatz aufgestellt, die Geschäfte rechtzeitig geöffnet sind und der Betrieb am Zoll wieder normal verläuft. (Felix Thomann, BAZ 3.11.1986) Ein einziges Mal kommt in der BAZ in dieser Woche ein Betroffener zu Wort: in einem Artikel von genau 16 Zeilen (BAZ 4.11., «Totaler Horror»). «Das Leben in der Region kann weitergehen», denn – so die scharfsinni-

ge Analyse – «die Vergiftung des Rheins und der Zustand der Umwelt in der Region sind zwei verschiedene Dinge» (BAZ 6.11.86)

Dieser Artikel zeigt mit exemplarischer Deutlichkeit auf, wie die «Basler Zeitung» mit der Angst der Bevölkerung umging. Die hier gebrauchte Bewertungsskala für die Reaktionen von Bewohnern Basels und Umgebung reichte von «unbegreiflich», «unbegründet» bis «falsch». Die BAZ zitierte hier im übrigen einmal mehr, was von offizieller Seite verlautbart wurde. Die Aussagen der Kantonsschemiker beider Basel und des baselstädtischen Kantonsarztes, die Stellung beziehen mussten, wurden tel quel übernommen, ohne dass sie zumindest mit einem kritischen Kommentar begleitet wurden. Auch ein halbes Jahr später suchte man in der BAZ vergebens einen kritischen Kommentar, als Sandoz anlässlich ihrer Bilanz-Pressekonferenz einen deutlichen Zuwachs in der Agrochemie auswies.

Was die verunsicherte Bevölkerung in der BAZ vergebens suchte, fand sie in der AZ und im «doppelstab»: ein Forum, einen anwaltschaftlichen Journalismus, der ihre Ängste, ihre Betroffenheit ernst nahm. Auch der «doppelstab» beispielsweise veröffentlichte in seiner ersten Ausgabe nach dem «Ereignis» einen Situationsbericht. Doch anders als in der BAZ standen hier die Menschen im Zentrum. Das Schwergewicht des Artikels wurde – wie es schon der Titel signalisierte – auf ihre «Angst, Wut und Verunsicherung» gelegt. Auch die AZ stellte Fragen, etwa: «Wieso sterben im Rhein die Fische zu Hunderten an Substanzen, die für den Menschen nach offiziellen Angaben völlig harmlos sind?» (AZ, Kommentar von Anneliese Kienle vom 3.11.86) Fragen, die aufzeigen, dass dieser Zeitung das Wohl der

Bevölkerung. Hauptangelegenheit und nicht Normalität um jeden Preis. Fragen, die in der BAZ nicht nur nicht beantwortet, sondern schon gar nicht gestellt wurden.

3. Kritik und Forderungen

In Zeitungen wie der BAZ und der «Nordschweiz» werden Tatsachen und Meinungsvermittlung vordergründig deutlich voneinander abgegrenzt. Informationsbetonte Textsorten bleiben unmarkiert, Kommentare und andere Meinungsformen werden speziell signalisiert. Zwar dürfte wohl allgemein bekannt sein, dass sich Subjektivität durch Auswahl, Gewichtung und Bearbeitung der Fakten auch dann ergibt, wenn sie der Leserschaft nicht explizit angekündigt ist. Doch die journalistische Norm gebietet es, dass Nachrichten und Berichte nicht mit Kommentaren vermischt werden. Meinung fliesst nur dort offensichtlich in solche Artikel ein, wo Zitate verwendet werden. Es wird nicht gemeint, man lässt meinen.

In einer Zeitung wie der «Basler AZ», die die Tradition der finanziell vom Untergang bedrohten Meinungs- und Parteipresse weiterführt, liegt der Fall anders: Kritisch-kommentierende Passagen auch in primär tatsachenorientierten Artikeln sind durchaus üblich, genauso wie unmittelbare Bewertungen etwa von Fremd-Statements in einem Bericht. Ein AZ-Artikel über die Sandoz-Pressekonferenz unterscheidet sich in dieser Beziehung deutlich von einem BAZ-Bericht. AZ vom 5.11.: «Zugeben mussten die Sandoz-Verantwortlichen auch, dass mit dem Löschwasser am Samstag 'sehr hohe Konzentrationen toxischer Stoffe' direkt in den Rhein gelangt sind. Es seien hundertfache Fischartswerte nachgewiesen worden. (...) Sandoz-Direktor Hans Winkler spielte das Fisch-

sterben aber herunter, als er meinte, nur die empfindlichen Äschen und die am Grund lebenden Aale seien betroffen.» Über diese Unterschiede im Einsatz journalistischer Mittel hinaus sind es die **Kommentare** dieser ersten Woche, aus denen die redaktionelle Haltung, die Bewältigungsstrategie einer Zeitung herausgelesen werden kann: In der kritischen Stellungnahme zum Geschehenen und in den daraus abgeleiteten Forderungen treten die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Zeitungen in Basel besonders klar hervor. Nach dem erleichterten Aufatmen Walter Schäfers in der BAZ vom Montag («Wir sind noch einmal davongekommen», 3.11.), konnte Chefredaktor Hans-Peter Platz die Katastrophe gleichentags als «Brandfall» erledigen und, in vierfacher Wiederholung, als «Ereignis» klassifizieren. Und am 5. November, nach allgemeinem Bekanntwerden des Fischsterbens, empörte sich Ulrich Götz, dass der tote Rhein nicht mehr als «Erholungszone» und «Freizeitpark» nutzbar sei. Kritik und Forderungen richteten sich ausschliesslich auf organisatorische Mängel und Fehler bei der Brandbekämpfung und Alarmierung, nicht aber auf Ursachen der Katastrophe. Das gipfelte schliesslich im Samstags-Kommentar des Inlandchefs Schäfer, es gelte den Zivilschutz neu zu überdenken.

In der «Basler AZ» genauso wie im «doppelstab» wurden härtere Saiten aufgezogen. Schon im ersten AZ-Kommentar vom 3.11. stellte Annelise Kienle klar: «Die Region ist noch einmal davongekommen. Doch jetzt müssen endlich die Konsequenzen gezogen werden. (...) Die Mentalität, der Katastrophenschutz sei ja da, um in Krisensituationen die Lage zu managen, muss schleunigst aus den Köpfen verschwinden. Sie muss

einer Philosophie Platz machen, die den Katastrophenschutz überflüssig macht, die Katastrophen gar nicht erst entstehen lassen.» Nicht weniger deutlich wurden Forderungen gestellt, etwa nach einem Chemieinspektorat, nach besserer, unabhängigerer Information, nach umweltbewussterem Verhalten, das – so der «doppelstab» – «weder vor der eigenen Haustüre noch vor Chemieportalen» haltmacht (Martin Herter, «doppelstab» 6.11.1986).

So zeichnet sich denn klar ab: Die marktbeherrschende «Basler Zeitung», begleitet von der CVP-nahen «Nordschweiz», führt ungebrochen die Tradition des obrigkeitsgläubigen Verlautbarungsjournalismus fort. Von einem ernsthaften Bemühen um Aufklärung in einer Notsituation kann keine Rede sein. Beschwichtigen und verharmlosen heisst die Strategie. Die betroffene Bevölkerung findet in der BAZ zumindest in den ersten, aber gerade deshalb auch entscheidensten Tagen kein Sprachrohr.

Mangels eines redaktionellen Gesamtkonzepts tut sich die BAZ schwer mit einem journalistischen Standpunkt, reagiert verspätet und lässt in den ersten vier Wochen nach dem Brand nicht weniger als 13 redaktionelle Fremdautoren als Kommentatoren ihre Meinung abgeben.

Die Stunde der Aussenseiter

AZ und «doppelstab» dagegen zeigen ansatzweise auf, wie Journalismus nicht nur in einer Krisensituation auch verstanden werden kann: Sich nicht zufrieden geben mit der offiziellen Informationspolitik, sondern Eigeninitiative entwickeln, Stellung beziehen auch gegen einflussreiche Kreise darum, weil man auch die Verantwortung gegenüber den Leserinnen und Lesern wahrnehmen will. Der

Gratsanzeiger «doppelstab», der mit einer Auflage von 217 000/100 000 Exemplare mehr druckt als die BAZ, hat hier eine Chance gesehen und genutzt, sich neben dem Pressekonzern «Basler Zeitung» journalistisch zu profilieren. Und die täglich erscheinende «Basler AZ», die mit einer Auflage von knapp 4000 und einem kleinen redaktionellen Budget ums Überleben kämpft, demonstrierte, wie investigative, kritische Arbeit journalistisch umgesetzt werden kann. Sie bot damit eine Leistung, die nicht zuletzt auch von der Werbeseite registriert worden ist. Ich zitiere noch einmal das Informationsblatt «persönlich»: «Die 'Basler AZ' hatte nämlich längst die Informationsaufgabe der Sandoz 'übernehmen' müssen. In ihren engen Redaktionsräumen drängten sich in- und ausländische Journalisten und Journalistinnen: Wiener AZ, TaZ, Antenne 2, L'Hebdo, Schwedischer Rundfunk, eine finnische

Journalistin... Weil die Sandoz nicht informierte und informiert, holen sich die auswärtigen Medien ihr tägliches Brot woanders.» (persönlich, Nr. 409, 18.11.1986) In der Tat haben zur kritischen Zeit 24 verschiedene Medien aus acht europäischen Ländern bei der «Basler AZ» Rat, Informationen und sonstige Hilfe geholt. (Die Redaktion) Dass diese Anlauf- und Auskunftsstelle nicht das faktische Monopolblatt «Basler Zeitung» war, stellt dieser Zeitung ein schlechtes Zeugnis aus und ist typisch für die Situation in der schweizerischen Presselandschaft: Nur Aussenseiter, die ohnehin schon am finanziellen Abgrund entlang hangeln, leisten sich jenen Journalismus, der für jede Zeitung Pflicht sein müsste. Aber nicht sie bestimmen das Bild. Die Grossen teilen sich den Markt. Und *sie* verfügen über die Mittel, recherchierten Fakten und kritischen Argumenten die nötige Verbreitung und Durchschlagkraft zu garan-

tieren. Aber bei ihnen – das beweist die Berichterstattung über Schweizerhalle einmal mehr – ist der Aufklärungsjournalismus selbst in Krisen in der Krise.

Literaturangaben

Jürg Bürgi, Die tägliche Missachtung des Lesers. Eine Untersuchung der Lokalberichterstattung der «Basler Zeitung». In: Eine deformierte Gesellschaft. Die Schweizer und ihre Massenmedien, hrsg. von M. Haller, M. Jäggi, R. Müller, Basel 1981

René Grossenbacher, Die Medienmacher. Eine empirische Untersuchung zur Beziehung zwischen Public Relations und Medien in der Schweiz, Solothurn 1986. Michael Haller, Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten, Basel 1987 Massenmedien und Kernenergie. Hrsg. von U. Säker, H. Gantenbein, M. Gollmer, W. Hättenschwiler, M. Schanne, Bern 1986

Kurt Nuspliger, Pressefreiheit und Pressevielfalt, Diessenhofen 1980

Oskar Reck, Die Presse schreibt, macht und wird Geschichte. Ein zeithistorischer Essay, Aarau, Frankfurt 1986

Die Menschheit an der Schwelle des 21. Jahrhunderts

Die Zeit wird immer knapper

Michail Gorbatschow vor dem Moskauer Forum im Februar 1987

Im Februar dieses Jahres fand in Moskau ein internationales Forum statt, an dem Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler, Ärzte, Kulturschaffende, Geschäftsleute und Vertreter der unterschiedlichsten Religionen aus aller Welt teilnahmen. An diesem Anlass hielt der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow eine Rede, die wir im nachfolgenden im Wortlaut wiedergeben. Der Kreml-Chef legt darin seine politischen Ideen dar und erläutert das, was er unter dem «neuen Denken» versteht. Vorrangiges Thema ist dabei seine Konzeption für die Abrü-

stung. (Titel und Zwischentitel stammen von der Rekation.)

Seit der Mensch begann, sich Gedanken über die Zukunft zu machen, haben sich die besten Köpfe verschiedener Länder und Völker sicherlich unablässig die Frage nach dem Schicksal der Welt und nach der Zukunft der Menschheit gestellt. Noch vor relativ kurzer Zeit galten Überlegungen zu diesen und anderen damit zusammenhängenden Themen als Gedankenspiele, als von den Alltags-sorgen der Menschen weit entfernte Beschäftigung für Philo-

sophen, Wissenschaftler und Theologen. In den zurückliegenden Jahrzehnten wurden diese Probleme unter ausgesprochen praktischen Gesichtspunkten behandelt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Schaffung und dann die jedes vernünftige Mass übersteigende Abhäufung von Kernwaffen und den dazugehörigen Trägermitteln haben den Menschen technisch in die Lage versetzt, seiner eigenen Existenz ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig machen die Anhäufung von sozialem Sprengstoff in der Welt und die Versuche, die